



3|26

Stadtpunkte

MITGLIEDERVERSAMMUNG 2026 IN OBERHAUSEN

Mitgliederversammlung 2026 in Oberhausen

Ministerpräsident Wüst: „Die kommunale Finanzlage ist in besonderer Weise schwierig bis dramatisch.“

Gastgebender OB Berg: Handlungsfähige Kommunen sind Voraussetzung für eine starke Demokratie

Rede des scheidenden Vorsitzenden des Städtetages NRW

Neue Spitze des Städtetages Nordrhein-Westfalen gewählt

Pressekonferenz: Handlungsfähige Städte brauchen verlässliche Rahmenbedingungen

Peter Müller: Kommunale Finanzkrise gefährdet die Demokratie

Exkursionen

Fachforen, Mittagsformat und Podiumsdiskussion

Christian Schuchardt: Kommunen brauchen Reformen und Soforthilfen

Oberhausener Erklärung verabschiedet

Verabschiedungen

Personalien



Mitgliederversammlung 2026 in Oberhausen

Bereits um 8:30 Uhr, deutlich früher als üblich, begann mit dem Besuch und der Rede von Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Hendrik Wüst am 10. Juni die Mitgliederversammlung des Städtetages Nordrhein-Westfalen in Oberhausen (Seite 4). Grund für den frühen Zeitpunkt war der enge Terminkalender des Ministerpräsidenten. Der musste im Anschluss direkt weiter nach Berlin, unter anderem zum NRW-Fest in die Landesvertretung.

In Oberhausen hatten sich schon am Vortag zahlreiche Delegierte aus den Mitgliedsstädten des Städtetages in ihren politischen Gruppen getroffen und diverse Themen beraten, diskutiert und abgestimmt. Anschließend ging es für sie auf Einladung der Gastgeberstadt zu verschiedenen Exkursionen an diverse Orte im Stadtgebiet, wo den

Teilnehmenden besondere Projekte vorgestellt wurden (Seite 14).

„Handlungsfähige Städte jetzt! Für ein starkes NRW“ lauteten das Motto und die Forderung der Mitgliederversammlung. Gut 400 Delegierte und zahlreiche Gäste aus Landespolitik, Wissenschaft und Verbänden hatten dafür den Weg in die Luise-Albertz-Halle nach Oberhausen gefunden.

Neben den Reden des gastgebenden Oberbürgermeisters Thorsten Berg aus Oberhausen (Seite 6) und des scheidenden Vorsitzenden des Städtetages Nordrhein-Westfalen, Oberbürgermeister Marc Herter aus Hamm, (Seite 7) hörten sie ein eingespieltes Grußwort von Thorsten Frei, Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramtes. Und

sie konnten einem Gastvortrag von Thomas Jarzombek folgen. Der parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Digitales und Staatsmodernisierung war zugeschaltet.

Im weiteren Verlauf boten vier Fachforen die Möglichkeit, sich zu drängenden kommunalen Themen und Herausforderungen auszutauschen. In Forum A wurde das dramatische Problem der Stadtfinanzen vor dem Kollaps thematisiert. In Forum B ging es um Bildung und Integration, in Forum C um die Chancen der Digitalisierung für handlungsfähige Verwaltungsprozesse. In Forum D stand der Haushalt der EU im Fokus, verbunden mit der Frage, was die NRW-Städte davon haben könnten (Seite 16).

Als wichtiger Punkt stand vor der Mittagspause die Wahl der neuen Spitze des Städtetages Nordrhein-Westfalen und seiner Vorstandsmitglieder auf dem Programm (Seite 8). Oberbürgermeister Thomas Kufen aus Essen wurde zum neuen Vorsitzenden des Städtetages gewählt, der bisherige Vorsitzende, Hamms Oberbürgermeister Marc Herter, zum neuen ersten stellvertretenden Vorsitzenden. Als zweiter stellvertretender

Vorsitzender wurde Christian Küsters, Bürgermeister der Stadt Nettetal, bestätigt.

Außerdem wurden zahlreiche Positionen im Vorstand neu vergeben. Viele der Neubesetzungen waren nötig geworden, weil bei den Kommunalwahlen im September zahlreiche Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister neu und erstmalig ins Amt gewählt worden waren.

Gemeinsam mit dem gastgebenden Oberbürgermeister Thorsten Berg und dem Geschäftsführer des Städtetages Nordrhein-Westfalen, Christian Schuchardt, stellte sich die neue Städtetagsspitze auf einer Pressekonferenz am Mittag den Fragen der Journalistinnen und Journalisten (Seite 10).

Im großen Saal folgten am Nachmittag ein Vortrag von Peter Müller, ehemaliger Richter des Bundesverfassungsgerichts und ehemaliger Ministerpräsident des Saarlandes, (Seite 12) und eine Diskussionsrunde. Außerdem wurde eine Oberhausener Erklärung beraten und abgestimmt (Seite 19), bevor der Städtetags-Geschäftsführer die Delegierten verabschiedete (Seite 18).

Titelfoto: Aktionstag „Kommunen am Limit“

Mit einer signalgelben Uhr wirbt Städtetag-NRW Geschäftsführer Christian Schuchardt bei den Delegierten für die Teilnahme ihrer Städte am bundesweiten Aktionstag „Kommunen am Limit“. Auf Initiative der kommunalen Spitzenverbände sollte an diesem Tag auf die katastrophale Finanzsituation der Kommunen hingewiesen und Forderungen an Bund und Länder gerichtet werden.



Ministerpräsident Wüst: „Die kommunale Finanzlage ist in besonderer Weise schwierig bis dramatisch.“

„Eine starke Demokratie funktioniert nur, wenn die Menschen auch starke Kommunen erleben.“ Dieses klare Bekenntnis zur Bedeutung der kommunalen Ebene stellte Ministerpräsident Hendrik Wüst an den Beginn seiner Rede bei der Mitgliederversammlung in Oberhausen. Er betonte, dass die kommunale Ebene angesichts wachsender Zustimmung zu politischen Kräften an den Rändern entscheidend für das Vertrauen der Menschen in den Staat sei und die beste Antwort auf Politikverdrossenheit darstelle.

Wüst bezeichnete die Kommunalpolitik als „Abenteuer“, das in Zeiten großer Umbrüche besondere Verantwortung verlange, und würdigte ausdrücklich das Engagement der neu gewählten Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister sowie der kommunalen Mandatsträger.

Einen Schwerpunkt setzte der Ministerpräsident auf die Finanznot der Städte. Wüst sagte wörtlich: „Die kommunale Finanzlage ist in besonderer Weise schwierig bis dramatisch.“ Er verwies auf das bundesweite Rekorddefizit der Kommunen und erkannte an, dass die Herausforderungen allein von den Beteiligten vor Ort nicht zu bewältigen seien. Deshalb habe das Land trotz eigener Haushaltsprobleme Verantwortung übernommen und die kommunalen Altschulden in erheblichem Umfang entlastet. Angesichts der Kritik, die Wirkung dieser Altschuldenlösung des Landes sei zu gering, verwies Wüst auf den Landeshaushalt: „Die sind nicht weg, die sind aus Ihrem Haushalt weg. Die sind jetzt in meinem“, so der Ministerpräsident. Diese Entlastung sei ein wichtiger erster Schritt, für den aber weitere Unterstützung des Bundes erforderlich bleibe.

Nachdrücklich forderte Wüst die stärkere Verankerung des Konnexitätsprinzips auf Bundesebene und warb hierfür um Unterstützung. Neue Aufgaben dürften nicht zu Lasten der kommunalen Haushalte beschlossen werden. „Wer bestellt, bezahlt. Das muss das Prinzip sein“, so der Ministerpräsident wörtlich. Die kommenden Wochen seien entscheidend, um entsprechende Weichenstellungen auf Bundesebene zu erreichen.



Als eine der großen sozialen Fragen bezeichnete Wüst das Thema Wohnen und betonte: „Es muss dringend mehr gebaut werden.“ Trotz eines Rekordvolumens bei der Wohnraumförderung reiche das bisher Erreichte nicht aus. Deshalb setze die Landesregierung auf Vereinfachungen, schnellere Genehmigungen und den Abbau von Standards.



Mit Blick auf die hohen kommunalen Sozialausgaben forderte Wüst eine Debatte über Rechtsansprüche, Verwaltungsaufwand und die Finanzierung sozialer Leistungen sowie eine Reform des Sozialstaats. Die Entwicklung sei langfristig nicht tragfähig. „Nordrhein-westfälische Kommunen haben in den letzten 30 Jahren 250 Milliarden Euro Soziallasten gezahlt“, so der Ministerpräsident.



Als eine weitere zentrale Zukunftsaufgabe benannte Wüst die Reform staatlicher Strukturen, den Abbau von Bürokratie und mehr Entscheidungsspielräume für Kommunen. „Dieser Staat muss moderner, er muss schneller, er muss dynamischer werden“, so der Ministerpräsident. Dazu gehörten weniger Berichtspflichten und der Abbau von Schriftformerfordernissen. Mit der neuen Landesbauordnung wolle man dazu beitragen, Verfahren zu beschleunigen und überzogene Standards abzubauen. Auch das angekündigte kommunale Regelbefreiungsgesetz sei Ausdruck eines neuen Vertrauens in die kommunale Ebene.

der Kindertagesbetreuung in den vergangenen Jahren erbracht hätten.

Beim Thema frühkindliche Bildung verteidigte Wüst die geplanten Reformen im Kita-Bereich mit weniger starren Standards. „Nichts ist schlimmer, als wenn die Bude zu ist“, so Wüst wörtlich. Ziel der Landesregierung sei mehr Verlässlichkeit für Familien durch größere Flexibilität für die Träger. Gleichzeitig hob er die enormen Leistungen hervor, die Kommunen, Träger und Land beim Ausbau

Zum Abschluss dankte der Ministerpräsident den Städten für ihren Beitrag zur Lebensqualität in Nordrhein-Westfalen. Die hohe Qualität der Daseinsvorsorge im Land sei maßgeblich das Ergebnis kommunaler Arbeit. Er sicherte den Städten die weitere Unterstützung der Landesregierung zu und warb für ein gemeinsames Vorgehen von Land, Bund und Kommunen: „Wir sind eine Verantwortungsgemeinschaft.“



Gastgebender OB Berg: Handlungsfähige Kommunen sind Voraussetzung für eine starke Demokratie



Mit einem eindringlichen Appell für eine nachhaltige Stärkung der Kommunen hat Oberhausens Oberbürgermeister Thorsten Berg die Mitgliederversammlung des Städtetages Nordrhein-Westfalen eröffnet. Als Gastgeber hieß er die Delegierten in seiner Stadt willkommen und betonte, dass man hier den Strukturwandel seit Jahrzehnten aus eigener Erfahrung kenne. Oberhausen habe sich nach dem Ende von Bergbau und Stahl immer wieder neu erfinden müssen. Dies zeige, dass Kommunen Wandel gestalten können – „vorausgesetzt, dass die Rahmenbedingungen stimmen“.

In den Mittelpunkt seiner Rede stellte er die Bedeutung kommunaler Daseinsvorsorge für das Vertrauen der Menschen in Staat und Demokratie. Daseinsvorsorge sei kein abstrakter Begriff. „Sie ist der Bus zur Frühchicht; die Kita, die öffnet; das Amt, das erreichbar ist; die Wohnung, die bezahlbar ist. Daseinsvorsorge heißt, der Staat funktioniert im Alltag der Menschen“, betonte Berg. Wo dies gelinge, wachse Vertrauen. Wo Leistungen bröckelten, entstünden Unsicherheit und Zweifel an der Handlungsfähigkeit des Staates. „Demokratie scheitert nicht zuerst an den großen Konflikten. Sie scheitert ganz leise im Alltag. Mit jeder neuen, mit jeder vermeidbaren Enttäuschung.“

Deutlich wurde Berg auch bei der Beschreibung der kommunalen Finanzlage. Die

Städte stünden vielerorts an der Grenze ihrer Handlungsfähigkeit. „Ich sage es so deutlich, wie es ist. Eine solch schlimme Lage der Kommunen hat es in Deutschland noch nicht gegeben. Wir stehen vielerorts an der Grenze der Handlungsfähigkeit“, so Berg wörtlich. Trotz wichtiger Hilfen wie Sondervermögen und Altschuldenregelung verschärften steigende Sozialausgaben und zusätzliche Aufgaben die Situation weiter. Am Beispiel Oberhausens machte er deutlich, dass die Entlastungen durch die Altschuldenhilfe um 20 Millionen Euro in seiner Stadt inzwischen von neuen Belastungen übertroffen würden.

„Allein die Aufwendung für Erziehungshilfen sind seit 2024 um 22 Millionen gestiegen in Oberhausen. Das heißt, die Entlastung wird durch die Mehrbelastung nicht nur aufgezehrt, sondern sogar übertroffen.“ Die Probleme der Vergangenheit seien gemildert worden, so Berg, die Herausforderungen von heute und morgen jedoch blieben bestehen.

Der Oberbürgermeister forderte deshalb eine auskömmliche Finanzierung kommunaler Aufgaben, eine stärkere Beteiligung des Landes an sozialen Lasten, mehr Unterstützung des Bundes sowie eine Anhebung des Verbundsatzes im kommunalen Finanzausgleich. „Ohne handlungsfähige Kommunen gibt es keinen handlungsfähigen Staat und ohne handlungsfähigen Staat gibt es keine stabile Demokratie“, sagte er.

Rede des scheidenden Vorsitzenden des Städtetages NRW



„Lassen Sie uns unsere Städte zu den Orten machen, an denen Familien gut leben können, Kinder gut aufwachsen können und die Menschen gerne alt werden.“ Mit diesem leidenschaftlichen Plädoyer für starke und handlungsfähige Kommunen schloss der zu dieser Zeit scheidende Vorsitzende des Städtetages Nordrhein-Westfalen, Oberbürgermeister Marc Herter aus Hamm seine Rede am Vormittag der Mitgliederversammlung.

„Wer die Musik bestellt, der soll auch bezahlen“

Marc Herter
Oberbürgermeister aus Hamm

Als besondere Herausforderungen der Städte benannte er die aktuellen geopolitischen Veränderungen. Klimawandel, demografischer Wandel und Digitalisierung und die damit einhergehenden Transformationenleistungen müssten letztlich von und in den Städten bewältigt werden, so Herter. „Es entscheidet sich vor allem vor Ort. Und deshalb sind handlungsfähige Städte so entscheidend.“

Den größten Handlungsbedarf sieht Herter bei den Kommunal финанzen. Die dramatische Haushaltslage vieler Städte lasse keinen Zweifel daran, dass Bund und Land handeln müssten. Nötig seien sowohl kurzfristige Finanzhilfen als auch langfristige Reformen. Konkret forderte Herter eine stärkere Beteiligung der Städte an den Landessteuereinnahmen. Außerdem müsse die Konnexität konsequent umgesetzt werden. „Wer die Musik bestellt, der soll auch bezahlen“, so der Oberbürgermeister.

Herter forderte außerdem eine Reform des Sozialstaates und einen Umbau sozialer Leistungen. Gleichzeitig betonte, dass er damit ausdrücklich keinen Abbau des Sozialstaates verbinde. Ziel der Sozialstaatsreform müsse mehr Wirksamkeit sein und weniger Bürokratie. Außerdem kritisierte er die wachsende Regelungsdichte und forderte mehr Entscheidungsspielräume für die kommunale Ebene. „Am Ende geht es darum, für mehr Beinfreiheit zu sorgen. Und am Ende geht es darum, Verantwortung wieder vor Ort zu verlagern.“

Mit Blick auf die Digitalisierung warb Herter dafür, Verwaltungsprozesse nicht einfach elektronisch nachzubilden, sondern sie grundlegend zu reformieren. „Digitalität bringt wenig, wenn man einfach die alten Prozesse, die ineffizient waren, nachbaut“, so Herter. Zudem seien Standards und gemeinsame Lösungen unverzichtbar, um die Verwaltung dauerhaft leistungsfähig zu halten. Er würdigte den Austausch zwischen den Städten und beschrieb die kommunale Ebene als besonders lösungsorientiert und pragmatisch.

Ein herzliches Dankeschön sprach Herter an den während der vergangenen Amtsperiode ausgeschiedenen Städtetags-Vorsitzenden Thomas Eiskirch aus, seinerzeit auch Oberbürgermeister der Stadt Bochum. Eiskirch habe mit seiner Arbeit beim Städtetag dafür gestanden, „dass wir die starke Stimme für die Städte in Nordrhein-Westfalen sind“.



Neue Spitze des Städtetages Nordrhein-Westfalen gewählt

Die Delegierten der Mitgliederversammlung des Städtetages Nordrhein-Westfalen haben in Oberhausen eine neue ehrenamtliche Verbandsspitze bestimmt.

Oberbürgermeister der Stadt Essen, Thomas Kufen, ist neuer Vorsitzender des Städtetages NRW. Für Kufen, CDU-Mitglied und seit 2015 Oberbürgermeister der Stadt Essen ist es die zweite Amtszeit als Vorsitzender des kommunalen Spitzenverbandes. Er stand bereits von 2022 bis 2024 an der Spitze des Städtetages Nordrhein-Westfalen und war seit 2020 insgesamt vier Jahre stellvertretender Vorsitzender. Kufen gehört dem Vorstand des Städtetages NRW seit 2015 an. Außerdem engagiert er sich seit elf Jahren im Präsidium des Deutschen Städtetages.

Zum neuen ersten stellvertretenden Vorsitzenden wurde der bisherige Vorsitzende, Hamms Oberbürgermeister Marc Herter gewählt. Herter ist SPD-Mitglied und steht seit 2020 an der Spitze der Stadt Hamm. Er war im Dezember 2025 zum neuen Vorsitzenden des Städtetages benannt worden. Herter ist seit 2022 Mitglied des Vorstands des Städtetages NRW und seit 2025 Mitglied im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.

Als zweiter stellvertretender Vorsitzender durch die Wahl bestätigt wurde Christian Küsters, Bürgermeister der Stadt Nettetal. Küsters ist Mitglied von Bündnis 90/Die Grünen und amtiert bereits seit Dezember 2025 als stellvertretender Vorsitzender. Er ist seit 2022 Mitglied im Vorstand des Städtetages NRW.



Die Delegierten der Mitgliederversammlung wählten außerdem 22 Vorstandsmitglieder, 17 davon zum ersten Mal.

- Bürgermeister Reiner Breuer, Neuss
- Oberbürgermeister Marc Buchholz, Mülheim an der Ruhr
- Oberbürgermeister Torsten Burmester, Köln
- Oberbürgermeister Guido Déus, Bonn
- Stadtkämmerin Prof. Dr. Dörte Diemert, Köln
- Fraktionsvorsitzender Dr. Michael Faber, Bonn
- Oberbürgermeister Daniel Flemm, Solingen
- Oberbürgermeister Tilman Fuchs, Münster
- Oberbürgermeister Stefan Hebbel, Leverkusen
- Oberbürgermeister Felix Heinrichs, Mönchengladbach
- Oberbürgermeisterin Andrea Henze, Gelsenkirchen
- Bürgermeister Christoph Hopp, Viersen
- Oberbürgermeister Dr. Stephan Keller, Düsseldorf
- Beigeordnete Miriam Koch, Düsseldorf
- Oberbürgermeister Jörg Lukat, Bochum
- Oberbürgermeister Frank Meyer, Krefeld
- Bürgermeister Christian Pakusch, Willich
- Oberbürgermeister Dennis Rehbein, Hagen
- Oberbürgermeisterin Miriam Scherff, Wuppertal
- Bürgermeister Thomas Terhorst, Marl
- Bürgermeisterin Anke Theisen, Herford
- Bürgermeister Sebastian Wagemeyer, Lüdenscheid



Die Wahlleitung in Oberhausen lag bei Gelsenkirchens Oberbürgermeisterin Andrea Henze.



Pressekonferenz: Handlungsfähige Städte brauchen verlässliche Rahmenbedingungen

Wie können die NRW-Städte auch künftig gute Kitas und Schulen anbieten, in die Infrastruktur investieren, Sicherheit gewährleisten und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken? Diese Frage zog sich wie ein roter Faden durch die Pressekonferenz des Städtetages Nordrhein-Westfalen bei seiner Mitgliederversammlung in Oberhausen. Die Botschaft der kommunalen Familie war dabei eindeutig: Nordrhein-Westfalen braucht starke Städte – und starke Städte brauchen auskömmliche finanzielle Rahmenbedingungen und sie brauchen auch mehr Verlässlichkeit durch Bund und Länder, dass neue Regelungen und Gesetze sie nicht immer weiter belasten.

Kommunen sind finanziell dramatisch unter Druck

„Nordrhein-Westfalen bleibt nur stark, wenn seine Städte handeln können“, mahnte der neu gewählte Vorsitzende des Städtetages NRW, Essens Oberbürgermeister Thomas Kufen, und machte deutlich, dass die finanzielle Lage vieler Städte auf dramatische Weise immer schwieriger wird. Das kommunale Defizit in Nordrhein-Westfalen sei im Jahr 2025 auf mehr als neun Milliarden Euro gestiegen. Für die Städte gehe es längst nicht mehr nur um Haushaltszahlen, sondern um ihre Fähig-

keit, zentrale Aufgaben für die Menschen vor Ort zu erfüllen. Die Folgen der strukturellen Unterfinanzierung würden dort sichtbar, wo Bürgerinnen und Bürger dem Staat täglich begegnen – im Bürgeramt, in Kitas und Schulen oder im öffentlichen Nahverkehr. Wenn Städte dauerhaft unter Druck gerieten, drohten Kürzungen bei freiwilligen Leistungen, höhere Gebühren und verschobene Investitionen. Kufen warnte: „Damit bröckelt der Kitt der Gesellschaft.“

Zwar begrüßten die Städte die Altschuldenslösung des Landes sowie die zusätzlichen Investitionsmittel aus dem Infrastruktur-Sondervermögen des Bundes, so Kufen und nannte beide Maßnahmen wichtige Signale. Dauerhaft lösen könnten diese die strukturellen Probleme der Kommunen jedoch nicht. Deshalb fordere der Städtetag weiterhin, dass übertragene Aufgaben vollständig finanziert werden. Das Prinzip „Wer bestellt, bezahlt“ müsse konsequent gelten, so Kufen. Zudem müsse das Land die Zuweisungen im Gemeindehaushaltsausgleich erhöhen und den Verbundsatz von jetzt 23 auf mindestens 28 Prozent anheben und dürfe es keine neuen Steuersenkungen und Aufgabenverlagerungen zu Lasten der Kommunen durch Bund und Land geben.

Aktionstag soll Alarmzeichen setzen



Christian Schuchardt, der Geschäftsführer des Städtetages Nordrhein-Westfalen wies auf der Pressekonferenz auf den Aktionstag hin, an dem sich bundesweit

Städte, Kreise und Gemeinden am 22. Juni beteiligen wollten, um auf die dramatische Entwicklung ihrer Haushalte aufmerksam zu machen. „Die Kommunalfinanzen müssen dauerhaft und strukturell gestärkt werden“, forderte er. Bund und Länder hätten das Recht, die Rahmenbedingungen für die Kommunen festzulegen. Daraus ergebe sich aber auch die Pflicht, diese so auszugestalten, dass kommunale Selbstverwaltung möglich bleibe – finanziell ebenso wie organisatorisch. Dabei gehe es nicht um abstrakte Haushaltsfragen, sondern um die Lebensqualität der Menschen vor Ort. „Wir brauchen starke und lebenswerte Städte für die Bürgerinnen und Bürger in NRW“, so Schuchardt.

„Wir brauchen starke und lebenswerte Städte für die Bürgerinnen und Bürger in NRW“

Christian Schuchardt
Geschäftsführer Städtetag NRW

Ganztag und Bildung bleiben Zukunftsaufgaben

Ein weiterer Schwerpunkt der Pressekonferenz war die Bildungspolitik. Der bisherige Vorsitzende und nun neue erste stellvertretende Vorsitzende des Städtetages NRW, Hams Oberbürgermeister Marc Herter, richtete den Blick auf den bevorstehenden Start des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder. „Die Städte haben sich darauf seit Jahren vorbereitet, zusätzliche Plätze geschaffen, Gebäude erweitert und neue Angebote aufgebaut. Darauf können wir stolz sein“, sagte Herter. Gleichzeitig machte er deutlich, dass der

Ganztagsausbau nur mit ausreichenden Fachkräften, geeigneten Räumen, klaren Zuständigkeiten und einer verlässlichen Finanzierung gelingen könne. Die Städte stünden zu ihrer Verantwortung, dürften mit den Herausforderungen jedoch nicht allein gelassen werden.

Auch die frühkindliche Bildung sprach Herter an. Er verlangte eine stärkere Sprachförderung und wies auf die unterschiedlichen Voraussetzungen hin, mit denen Kinder heute in die Schule starteten. „Gute Bildung beginnt lange vor dem ersten Schultag“, so Herter. Nachbesserungsbedarf sähen die Städte auch bei den vom Land geplanten ABC-Klassen. Sowohl das Konzept als auch der finanzielle Ausgleich für die zusätzlichen kommunalen Aufgaben seien aus kommunaler Sicht noch nicht ausreichend ausgestaltet.

Staatsmodernisierung muss vor Ort spürbar werden

Der neue stellvertretende Vorsitzende des Städtetages NRW, Nettetals Bürgermeister Christian Küsters, verwies in der Pressekonferenz auf die zentrale Rolle der Modernisierung staatlicher Strukturen. Er machte deutlich, dass Reformen künftig stärker an der kommunalen Praxis gemessen werden müssten. „Die Menschen interessiert nicht, wie viele Reformprogramme beschlossen werden. Sie wollen, dass der Staat funktioniert“, sagte Küsters. Für die Bürgerinnen und Bürger sei entscheidend, ob Anträge bearbeitet, Entscheidungen nachvollziehbar getroffen und Leistungen zuverlässig erbracht würden. Genau das entscheide sich täglich in den Rathäusern.

Aus Sicht der Städte reiche es deshalb nicht aus, allein über Digitalisierung zu sprechen. „Staatsmodernisierung ist weit mehr als Digitalisierung. Prozesse müssen einfacher, Zuständigkeiten klarer und Entscheidungen schneller werden.“ Städte bräuchten mehr Handlungsspielräume und weniger Detailsteuerung. Zugleich warb Küsters dafür, die Erfahrungen der Kommunen stärker in Gesetzgebungsverfahren einzubeziehen. „Die Erfahrungen der Städte gehören an den Anfang von Gesetzgebungsverfahren – nicht erst an deren Ende.“ Gute Gesetze entstünden dort, wo politische Ziele und praktische Umsetzbarkeit zusammengedacht würden.



Peter Müller: Kommunale Finanzkrise gefährdet die Demokratie



Mit einer ebenso grundsätzlichen wie eindringlichen Betrachtung der kommunalen Finanzlage sorgte der ehemalige Richter des Bundesverfassungsgerichts und frühere Ministerpräsident des Saarlandes, Peter Müller, bei der Mitgliederversammlung für Aufmerksamkeit. Unter der Überschrift „Kommunale Selbstverwaltung – Verfassungsgut oder Leerstelle?“ spannte Müller einen Bogen von den verfassungsrechtlichen Grundsätzen über die Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen bis hin zu den aktuellen Folgen des Sparzwanges in den Städten für unsere Demokratie.

Ausgangspunkt seiner Betrachtung waren konkrete Beispiele aus Kommunen, in denen finanzielle Zwänge den Handlungsspielraum der kommunalen Selbstverwaltung immer weiter einschränken. Diese Folge defizitärer kommunaler Haushaltslagen sei inzwischen bundesweit die Regel, betonte Müller. Vielerorts wüchsen die Investitionsrückstände und könnten Kommunen ihre laufenden Ausgaben nur noch mithilfe von Kassenkrediten finanzieren. Die Folgen seien für die Bürge-

rinnen und Bürger unmittelbar sichtbar: eingeschränkte Leistungen, weniger Investitionen und ein schleichender Substanzverlust kommunaler Infrastruktur.

Müller sieht darin weit mehr als eine bloße haushaltspolitische Debatte um Kommunalfinanzien. „Das ist eine Diskussion am Herzen der Demokratie. Demokratie braucht starke Kommunen und ohne starke Kommunen wird die Demokratie leiden“, betonte er. Das Vertrauen in den Staat entstehe vor Ort – dort, wo Menschen erleben, ob öffentliche Leistungen funktionieren oder nicht.

Kritik am Umgang mit dem Konnexitätsprinzip

Ausführlich setzte sich Müller mit dem Grundsatz „Wer bestellt, bezahlt“ auseinander. Zwar werde das Konnexitätsprinzip regelmäßig beschworen, tatsächlich werde es jedoch vielfach nicht eingehalten. Der Bund schaffe neue Leistungsansprüche und Standards, während die Kommunen die Folgen finanziell tragen müssten. Die vor rund



20 Jahren beschlossenen Reformen der Finanzbeziehungen hätten dieses Problem nicht gelöst. Vielmehr sei die kommunale Ebene erneut in eine Situation geraten, in der Aufgaben und Kosten auseinanderfielen. Besonders kritisch bewertete Müller die Entwicklung im Sozialbereich. Steigende Ausgaben etwa für Kinder- und Jugendhilfe, Pflege oder Eingliederungshilfe belasteten die Kommunen massiv, ohne dass ein vollständiger finanzieller Ausgleich erfolge. Dadurch bleibe immer weniger Raum für eigenverantwortliche Gestaltung vor Ort.

Verfassungsrechtlicher Anspruch auf Handlungsfähigkeit

Müller erinnerte daran, dass das Grundgesetz den Kommunen nicht nur Selbstverwaltung garantiere, sondern auch eine finanzielle Mindestausstattung, die diese Selbstverwaltung überhaupt erst ermögliche. Kommunen dürften nicht auf die Rolle eines bloßen Vollzugsorgans staatlicher Aufgaben reduziert werden. „Kommunale Selbstverwaltung im Sinne des Grundgesetzes heißt eben nicht, die Gemeinden sind so etwas wie die Vollzugsstelle staatlicher Aufgaben“, stellte er klar.

Mit Blick auf laufende Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht äußerte Müller die Hoffnung, dass die Frage der kommunalen Finanzausstattung künftig stärker aus der Perspektive der verfassungsrechtlich garantierten Selbstverwaltung betrachtet werde. Bis dahin seien jedoch politische Lösungen erforderlich.

Appell an Bund und Länder

Bei der Frage, ob die bislang angekündigten Maßnahmen ausreichen werden, zeigte sich der frühere Verfassungsrichter skeptisch. Weder die vorgesehenen Bundesmittel für Altschulden noch die aktuellen Diskussionen über einen Zukunftspakt von Bund, Ländern und Kommunen seien geeignet, die strukturellen Probleme zu lösen. Deshalb forderte Müller einen fairen Vollkostenausgleich für neue Aufgaben, die Anerkennung der kommunalen Mindestausstattung und eine stärkere Berücksichtigung kommunaler Investitionsbedarfe. Ein Element dabei müsse zwingend die Stärkung der Finanzbasis der Kommunen sein, so Müller: „Nur auf diesem Weg werden wir dafür sorgen, dass unsere Demokratie stärker wird und nicht weiter unter Druck gerät.“



Exkursionen

Auch abseits der Luise-Albertz-Halle als Tagungsort zeigte Oberhausen den Delegierten der Mitgliederversammlung viele Facetten der Stadt. Die Gastgeberstadt bot den Teilnehmenden gleich zehn verschiedene Exkursionen zur Auswahl an. Das Themenspektrum reichte von Stadtentwicklung und Strukturwandel über Industriegeschichte bis hin zu Kultur und moderner Gefahrenabwehr.



Die Touren führten unter anderem zum Wissenschaftscampus NRW und in die Innenstadt von Alt-Oberhausen, auf das Gelände des ehemaligen Stahlwerks Ost, zur ältesten Arbeitersiedlung des Ruhrgebiets in Eisenheim oder zur St. Antony-Hütte, der Wiege der Ruhrindustrie. Einblicke gab es zudem in die Arbeit der Feuerwehr, in die Geschichte der Burg Vondern, in die Ausstellung der Fotografin Anja Niedringhaus sowie in das Theater Oberhausen.



Wer einen Blick in die Zukunft des Ruhrgebiets werfen wollte, konnte das hochautomatisierte Logistikzentrum des Online-Supermarkts Picnic besuchen. Die Exkursionen verdeutlichten den vielfältigen Wandel, den Oberhausen gestaltet, von der Industrie- zur Wissens-, Kultur- und Dienstleistungsstadt.

Fachforen, Mittagsformat und Podiumsdiskussion

Mit vier Fachforen am Vormittag, einer Ausstellung von kommunalen Best-Practice-Beispielen zur Digitalisierung aus Mitgliedsstädten am Mittag und mit einer Podiumsdiskussion am Nachmittag sorgten

gleich mehrere Formate bei der Mitgliederversammlung für neue Eindrücke und Informationen und boten Abwechslung und Beteiligungsmöglichkeiten.



Wer soll das bezahlen? Wer hat das bestellt? – Stadtfinanzen vor dem Kollaps? So lautete das Motto des Forums A zur dramatischen Situation der Kommunalfinanzen mit Dr. Tanja Burckardt, Abteilungsleiterin V im Bundesministerium der Finanzen; Karoline Otte (MdB), Fraktion Bündnis 90/Die Grünen; Apostolos Tsalas, Stadtkämmerer Stadt Oberhausen; Dr. Christian von Kraack, Abteilungsleiter Kommunales im Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung des Landes NRW, moderiert von Janina Amrath, Moderatorin, freie Journalistin beim WDR.



Lernräume mit Vielfalt – Stadtgesellschaften mit starkem Zusammenhalt. Die Bedeutung von Bildung und Sprachförderung und ihre Bedeutung für eine gelingende Integration standen im Mittelpunkt der Diskussionen im Forum B mit Ayla Çelik, Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft NRW; Prof. Dr. Sebastian Kurtenbach, Professor für Politikwissenschaft mit Schwerpunkt Sozialpolitik an der Fachhochschule Münster; Andrea Henze, Oberbürgermeisterin der Stadt Gelsenkirchen, moderiert von Daniela Schneckenburger, Beigeordnete des Städtetages Nordrhein-Westfalen.



„Next Level Staat – einfacher, digitaler, handlungsfähig!“, so lautete das Motto von Forum C mit der Diskussion zu Staatsmodernisierung, Fachkräftemangel, Verfahrensgeschwindigkeiten und föderalen Reibungsverlusten. Auf dem Podium versammelt waren Dr. Harald Hemmer, Abteilungsleiter der Zentralabteilung der Staatskanzlei NRW, federführend für den Staatsmodernisierungsprozess; Martin Klingst, Hertie School, ehemals Geschäftsführer der Initiative für einen handlungsfähigen Staat und langjähriger Journalist bei der ZEIT, und Dr. Stephan Keller, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf. Die Moderation lag bei der Journalistin Judith Schulte-Loh.



Ein neuer Haushalt für die EU: Was ist drin für NRW-Städte? Obwohl gut 70 Prozent der EU-Gesetze vor Ort umgesetzt werden, soll es vom Haushaltsbudget von rund zwei Billionen Euro in Brüssel für die Kohäsions- und Strukturförderung weniger Geld geben. Wie die Städte damit umgehen sollten, erörterten Ulrike Neuhaus, Abteilungsleiterin im Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie des Landes NRW, und Frank Meyer, Oberbürgermeister der Stadt Krefeld, unterstützt von Moderatorin Britt Lorenzen.



Christian Schuchardt: Kommunen brauchen Reformen und Soforthilfen

Mit einem eindringlichen Appell für handlungsfähige Kommunen und grundlegende Reformen hat der Geschäftsführer des Städtetages Nordrhein-Westfalen, Christian Schuchardt, die Mitgliederversammlung in Oberhausen beendet. In seinem Schlusswort griff er das Tagungsmotto „Handlungsfähige Städte jetzt!“ auf und machte deutlich, dass Mut, Stärke und kommunale Handlungsfähigkeit eng zusammengehören. „Handlungsfähigkeit setzt an der Stelle Stärke und Mut voraus“, sagte Schuchardt.

Eindringlich beschrieb er die zunehmende Finanznot der Städte. Was lange als Problem einzelner strukturschwacher Regionen wahrgenommen worden sei, habe sich längst zu einer gesamtstaatlichen Herausforderung entwickelt. Inzwischen seien auch finanzstarke Kommunen und Länder betroffen. „Es ist also mittlerweile ein nationales Problem geworden, was auf der kommunalen Ebene sich abspielt“, betonte Schuchardt.

Dabei wandte er sich gegen die häufig geäußerte Auffassung, die Probleme seien längst erkannt und es gehe nur noch um die Umsetzung von Lösungen. Zwar gebe es zahlreiche Reformdiskussionen auf Bundesebene, deren Wirkung reiche bislang jedoch nicht aus. Schuchardt sprach von einem weiterhin bestehenden „Erkenntnisproblem“. Die Auswirkungen einzelner sozialpolitischer Entscheidungen würden häufig isoliert betrachtet, während die Belastungen in den kommunalen Haushalten zusammenliefen und dort an anderer Stelle neue Probleme auslösten.

An mehreren Beispielen verdeutlichte er ganz konkret, wie steigende Ausgaben für Pflege, Jugendhilfe oder Eingliederungshilfe den finanziellen Spielraum der Städte einschränken. Höhere Pflichtausgaben gingen aber unmittelbar zulasten freiwilliger Leistungen und Investitionen vor Ort. Schuchardt äußerte die Befürchtung, dass die Städte damit auf die Rolle eines bloßen Vollzugsorgans reduziert werden und stellte klar:

„Ich möchte in keinem Zentralstaat leben, wo die Kommunen an der Stelle nur ausführende Ebene sind.“ Gleichwohl würdigte er die Unterstützung von Bund und Ländern durch Altschuldenhilfen und Investitionsprogramme. Diese Maßnahmen seien hilfreich, könnten die strukturellen Probleme der kommunalen Finanzen jedoch nicht lösen. Viele Städte müssten bereits heute tiefgreifende Einsparungen vorbereiten.

„Wir können die Probleme nicht mehr wegsparen“, stellte Schuchardt fest und forderte deshalb eine umfassende Modernisierung staatlicher Strukturen. Dazu müsse auch gehören, Gesetze stärker auf Digitalisierung, Skalierbarkeit und effiziente Umsetzung auszurichten. Reformen im Sozialstaat und bei Verwaltungsprozessen seien notwendig. Sie würden aber vielfach erst in einigen Jahren Wirkung entfalten. Um ihre Handlungsfähigkeit bis dahin zu erhalten, bräuchten die Städte deshalb auch kurzfristige Unterstützung.

Als besonders wichtig benannte Schuchardt die konsequente Anwendung des Konnexitätsprinzips. Neue Aufgaben dürften nur dann übertragen werden, wenn ihre Finanzierung gesichert sei. Als diskussionswürdig bezeichnete er die Idee eines „Konnexitätsdynamos“, bei dem neue Gesetze zeitlich befristet und ihre Finanzierung regelmäßig überprüft würden.

Zum Abschluss seiner Rede erinnerte er daran, dass die Kommunen in den vergangenen Jahren zahlreiche Krisen bewältigt und ihre Leistungsfähigkeit bewiesen hätten – von der Pandemie über die Energiekrise bis hin zur Aufnahme Geflüchteter. Nun gehe es darum, ihre Handlungsfähigkeit dauerhaft zu sichern. Dabei sei der Städtetag wichtiger denn je. Abschließend dankte Schuchardt den Delegierten, den Gremien, den Mitarbeitenden der Geschäftsstellen sowie dem Team der Stadt Oberhausen für die Organisation der Mitgliederversammlung.

Oberhausener Erklärung verabschiedet

Mit der Verabschiedung der Oberhausener Erklärung haben die Delegierten der Mitgliederversammlung des Städtetages Nordrhein-Westfalen einen gemeinsamen politischen Impuls in Richtung Bund und Land gesetzt und eine auskömmliche Finanzausstattung, langfristige Entlastungen im Sozialbereich und Sozialstaatsreformen, eine Entbürokratisierung von Prozessen und mehr Freiräume der Städte angemahnt.



Der neu gewählte Vorsitzende Thomas Kufen hatte zuvor für eine breite Zustimmung zu dem Papier geworben. Die Erklärung beschreibt auch die wachsende Diskrepanz zwischen den Erwartungen der Bürgerinnen

und Bürger und den Handlungsmöglichkeiten der Städte. „Die Themen sind richtig adressiert. Und es ist auch ein roter Faden zu erkennen“, betonte Kufen.

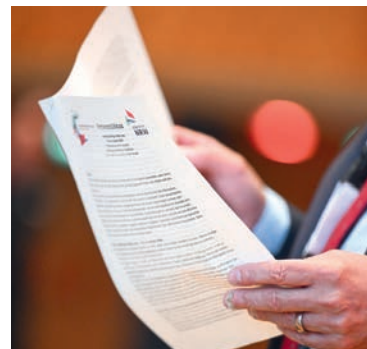
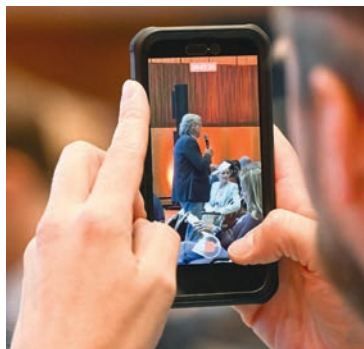
Der Abstimmung voraus ging eine Aussprache zum Papier. Dabei wurde das breite Themenspektrum der kommunalen Aufgaben ebenso deutlich, wie viele der aktuell großen kommunalen Herausforderungen. Einige Delegierte regten an, die Themen bezahlbares Wohnen, Gesundheit, soziale Infrastruktur, Klimafolgen, Gleichstellung und frühkindliche Bildung künftig noch stärker in den Blick zu nehmen. Andere lobten die vorliegende Erklärung ausdrücklich für die klaren Aussagen zu Kommunal финанzen, Konnexität und kommunaler Selbstverwaltung.

Kufen sagte zu, die von den Delegierten eingebrachten Hinweise für die weitere Arbeit des NRW-Städtetages aufzunehmen. Am Ende der Diskussion verabschiedeten die Delegierten die Oberhausener Erklärung mit großer Mehrheit. Mit nur vier Gegenstimmen und acht Enthaltungen wurde die Oberhausener Erklärung von der Mitgliederversammlung angenommen.



Die Oberhausener Erklärung finden Sie hier:

<https://www.staedtetag-nrw.de/presse/pressemeldungen/2026/oberhausener-erklaerung>



Verabschiedungen

Ein beeindruckender illuminiertes Riesenbaum – die derzeit größte Indoor-Lichtskulptur der Welt – und die dortige aktuelle Ausstellung „Mythos Wald“ sorgten am Vorabend der Mitgliederversammlung im Gasometer Oberhausen für den feierlichen Rahmen bei der Verabschiedung von ehemaligen Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeistern, die sich in Ehrenamtsfunktionen an vordersten Stellen um den Städtetage Nordrhein-Westfalen und den Deutschen Städtetages verdient gemacht hatten.



Dankende Worte kamen von Oberbürgermeister Marc Herter, zu diesem Zeitpunkt noch Vorsitzender des Verbandes und richteten sich an Münsters ehemaligen Oberbürgermeister und Städtetagspräsident Markus Lewe, an Aachens ehemalige Oberbürgermeisterin Sybille Keupen, an Gelsenkirchens ehemalige Oberbürgermeisterin Karin Welge und an Siegens ehemaligen Bürgermeister Steffen Mues. Alle waren auch im Vorstand des Städtetages Nordrhein-Westfalen.



Personalien 3|2026

Im Rahmen der Mitgliederversammlung des Städtetages Nordrhein-Westfalen in Oberhausen am 10. Juni 2026 wurden auch Wahlen zum Vorstand und Vorsitz durchgeführt.

Vorsitz des Städtetag NRW

Neuer Vorsitzender

Zum neuen Vorsitzenden des Städtetages Nordrhein-Westfalen wurde Oberbürgermeister **Thomas Kufen**, Stadt Essen, gewählt. Der Christdemokrat leitet seit 2015 die Geschicke der Stadt Essen und stand bereits von 2022 bis 2024 an der Spitze des Verbandes. Seit 2020 war er insgesamt vier Jahre stellvertretender Vorsitzender. Er gehört dem Vorstand des Städtetages NRW seit 2015 an. Außerdem engagiert er sich seit elf Jahren im Präsidium des Deutschen Städtetages.



Foto: CDU Essen



Foto: Ratze

Erster stellvertretender Vorsitzender

Marc Herter, Oberbürgermeister der Stadt Hamm, wurde zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Der Sozialdemokrat steht seit 2020 an der Spitze der Stadt Hamm. Er war im Dezember 2025 zum neuen Vorsitzenden des Städtetages benannt worden. Herter ist bereits seit 2022 Mitglied des Vorstands des Städtetages NRW und seit 2025 Mitglied im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.

Zweiter stellvertretender Vorsitzender

Ebenfalls zum stellvertretenden Vorsitzenden wurde Bürgermeister **Christian Küsters** (Bündnis 90/Die Grünen), Stadt Nettetal, gewählt. Küsters amtiert bereits seit Dezember 2025 als stellvertretender Vorsitzender. Er ist seit 2022 Mitglied im Vorstand des Städtetages NRW.



Foto: Stadt Nettetal/E. Hohnen

Vorstand – Neuwahlen

Neu gewählt in den Vorstand wurden:



Foto: Jörg Hüster

Oberbürgermeister **Torsten Burmester**, Stadt Köln, war zuvor bereits kooptiert Mitglied seit Dezember 2025. Der Sozialdemokrat steht seit 2025 an der Spitze der Stadt Köln.



Foto: RBA Köln/Sabrina Walz

Die Stadtkämmerin der Stadt Köln, **Prof. Dr. Dörte Diemert**, war ebenfalls seit Dezember 2025 kooptiertes Mitglied. Diemert ist seit 2019 Stadtkämmerin und Beigeordnete für Finanzen und Recht sowie seit Mai Stadtdirektorin der Stadt Köln. Von 2016 bis 2019 war sie Stadtkämmerin für Finanzen, Beteiligungen und Europaangelegenheiten und seit 2017 darüber hinaus Stadtdirektorin der Stadt Duisburg. Auch für den Städtetag war sie von 2008 bis 2016 als Hauptreferentin für Kommunal Finanzen tätig.



Foto: CDU Solingen

Daniel Flemm (CDU), Oberbürgermeister der Stadt Solingen, ebenfalls seit Dezember 2025 kooptiertes Mitglied im Vorstand, leitet seit 2025 die Geschicke der Stadt Solingen.



Foto: Privat

Oberbürgermeister **Stefan Hebbel**, Stadt Leverkusen, gleichfalls seit Dezember 2025 kooptiertes Mitglied des Vorstandes, steht seit 2025 an der Spitze der Stadt Leverkusen.



Foto: SPD MG, Stefan Völker

Oberbürgermeister **Felix Heinrichs** (SPD), Stadt Mönchengladbach, auch seit vergangenem Jahr in den Vorstand kooptiert, ist bereits seit 2020 Oberbürgermeister von Mönchengladbach.



Foto: Gebhard Bückler

Der Bürgermeister der Stadt Viersen, **Christoph Hopp** (CDU), ebenfalls seit Dezember 2025 kooptiertes Mitglied im Vorstand, steht seit 2025 an der Spitze der Stadt Viersen.



Foto: Stadt Düsseldorf

Miriam Koch (Bündnis 90/Die Grünen), Beigeordnete für Kultur, Integration und Gesundheit der Landeshauptstadt Düsseldorf, ist seit 2022 Beigeordnete, zuvor war Sie von 2015 bis 2018 erste Flüchtlingsbeauftragte der Landeshauptstadt Düsseldorf und von 2018 bis 2022 Leiterin des Amtes für Migration und Integration in Düsseldorf.



Pressefoto

Oberbürgermeister **Jörg Lukat** (SPD), Stadt Bochum, bereits seit Dezember 2025 kooptiert, leitet seit 2025 die Geschichte der Stadt Bochum.



Foto: Bastian Dämmrich

Der Oberbürgermeister von Hagen, **Dennis Rehbein** (CDU), auch kooptiertes Mitglied seit Dezember 2025, steht auch seit 2025 an der Stadtspitze von Hagen.



Foto: Erwin Wenzel

Oberbürgermeisterin **Miriam Scherff** (SPD), Stadt Wuppertal, bereits seit Dezember 2025 in den Vorstand kooptiert, steht seit 2025 an der Spitze der Stadt Wuppertal.



Foto: privat/Paul Schneider

Thomas Terhorst (CDU), Bürgermeister der Stadt Marl, gleichfalls kooptiertes Mitglied seit Dezember 2025, leitet seit 2025 die Geschichte der Stadt Marl.



Foto: Stadt Herford

Die Bürgermeisterin von Herford, **Anke Theisen** (CDU), steht seit 2025 an der Spitze der Stadt Herford und war zuvor ab Dezember 2025 bereits kooptiertes Mitglied im Vorstand.



Foto: Guido Raith

Bürgermeister **Sebastian Wagemeyer** (SPD), Stadt Lüdenscheid, war zuvor schon kooptiertes Mitglied und steht seit 2020 an der Stadtspitze von Lüdenscheid.



Herausgeber:
Städtetag Nordrhein-Westfalen
Gereonstraße 18–32
50670 Köln
Telefon: 0221/377 1-0

E-Mail: post@staedtetag-nrw.de
Internet: www.staedtetag-nrw.de
www.staedtetag-nrw.de/presse/folgen-sie-uns

Christian Schuchardt
Geschäftsführendes Präsidialmitglied

Timm Steinborn (V.i.s.d.P.)
Leiter Abteilung Kommunikation
und Medien

Redaktionsleitung: Uwe Schippmann
Mitarbeit: Janina Hausner
Gestaltung: Anna-Maria Roch
Layout/Druck: Gabriele Klein,
Media Cologne GmbH, Hürth